

Politische Begriffe (Folge 3) : Weniger Staat-Mehr Freiheit!

Autor(en): **Hürlimann, Alois-Karl**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339874>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Keaton als Louise Bryant sind ebenso bewunderungswürdig wie Beattys Regie. Auch die übrigen Darsteller sind ausgezeichnet, z.B. Jerzy Kosinski als Sinowieff. Es heisst, ein früherer zweitrangiger Hollywood-

Schauspieler namens Ronald Reagan habe sich «Reds» im Weissen Hause vorführen lassen. Rein filmisch mag Warren Beattys Schöpfung ihm gefallen haben; aber ich glaube nicht, dass die sozialistische Gesin-

nung des Filmes ihm Freude gemacht hat ...

Anmerkung:
Peter Bloch lebt seit 1949 in New York als Historiker, Kritiker und Journalist.

Politische Begriffe (Folge 3)

Weniger Staat — Mehr Freiheit!

Von Alois-Karl Hürlimann

Das Frühlingserwachen des zürcherischen Freisinns sei — so verkünden viele — eine Folge des gleichmacherischen zürcherischen Sozialismus. Und schliesslich sei, schreiben dieselben vielen, der zürcherische Freisinn zu einer wahrhaft breitgefächerten «Volkspartei» geworden. «Freiheit» rentiert. «Freiheit» gegen die bösen und steuerfressenden Sozis scheint eine populäre Freiheit zu sein. Endlich kann auch die NZZ beruhigt aufatmen lassen: die «bürgerliche» Koalition, wie dieses staatsbeschimpfende Regierungsgebilde genannt wird, hält die zürcherischen Stadtgeschäfte in sicheren Händen. Die Tante NZZ darf endlich wieder — immerhin musste sie sich diesbezüglich über 50 Jahre lang zurückhalten — auch im Bereich ihrer Heimatstadt *gouvernemental* schreiben lassen. Da wird es sicher nicht mehr lange dauern, bis die «Wirtschaft» ihre Metropole mit Arbeitsplätzen und Neubauten und Hauptsitzen und Bankfilialen belohnen wird, auch wenn dadurch weniger freigesinnte Gegenden weitere Einbussen an Arbeitsplätzen hinnehmen müssen. Wer schreibt denn in der NZZ schon von BULOVA oder FIRESTONE, von HANRO oder gar von SANDOZ, wenn es endlich MEHR FREIHEIT zu leben gibt?

Doch ja, *Eigentum* wird in Zukunft in der schweizerischen Krämerzentrale Zürich besser geschützt werden, nebst Tränengas und Hartgummigeschoss wird auch der Buldozzer ein Wahrzeichen des «bürgerlichen» Zürich werden. Wenn dereinst keine Mauern von AJZ's mehr einzureissen sind, kann man mit diesen Buldozern gleich ein paar Dutzend dieser Drogensüchtlinge oder jener Steinwurfterroristen aufladen und auf die bestens präparierte Müllhalde der zürcherischen Handelskammer kippen. Das bringt den Duft der grossen Freiheit!

Und erst die patentierte Freiheit der Gewerbe- und Handelstreiber: endlich dürfen sie ihre Früchte ernten, dürfen ungestört am Zürichsee sitzen oder im Zürichsee motorböteln, niemand wird ihnen die Aussicht verdunkeln. Wartet deshalb bloss ab, bis es Sommer wird! Nachdem diese ferne Geliebte namens «Freiheit» respektive «Weniger Staat, mehr Freiheit» endlich ihre Mehrheit gegen die egalitären Sozialisten gewonnen hat, muss der Mehrwert und die absolute Rendite im «investitionsfreundlichen» Klima blühen und später schwere Früchte tragen. Und es wird wuchern wie noch nie!

Die NZZ aber erfreut ihre endlich beruhigten Zürcher mit al-

lerlei Tröstlichem aus der ansonsten beileibe dunklen und roten Welt:

«Frühlingserwachen am Aktien- und Kapitalmarkt.»

«Zur Umkehr der Leistungsbilanz und den ersten Erfolgsmeldungen von der Teuerungsfront gesellen sich seit dem vergangenen Wochenende die ebenfalls *positiv gewürdigten* Lohnabschlüsse in der Metallindustrie.»

«An den amerikanischen Aktienmärkten ist in den letzten Tagen *starke Unruhe* spürbar geworden.»

«Auch die Kursausschläge werden im Laufe des Tages immer grösser.»

«Viele Kommentatoren anerkennen besonders den *Mut* der Regierung Thatcher, dass sie trotz den sich am Horizont bereits abzeichnenden *Neuwahlen* zu keinen *unverantwortlichen Konzessionen* bereit war.»

«Als *klarer Sieger* des jüngsten Budgets geht — und darüber besteht kein Zweifel — die britische Industrie hervor, und besonders der hiesige Industriellenverband CBI, der sich über die letzten Jahre hinweg dank *gezielter Anstrengungen* zu einem ernstzunehmenden Partner *herangemausert* hat.»

Weniger Staat, mehr Freiheit! Dann mausert sich die Industrie zum ernstzunehmenden Partner heran, und will die Regie-

rung nicht so ganz, gibt es immer noch die Börsenkursauschläge!

Hei, wie das in den Sommer geht. Konzessionen sind nicht gefragt, recht hat, wer das Recht macht, und weniger Staat macht, dafür mehr Arbeitslose produziert, weil es schliesslich eine Selbstregulierung «der» Wirtschaft gibt.

Aber Frau Thatcher wird die Stellung ebenso halten wie Herr Wagner in Zürich oder der Graf in Bonn.

Weniger Staat, mehr Schuss, den *«traditionsgemäss kommt an der Wallstreet die Kurswende nach einem letzten Abwärtstrend in Rezessionszeiten vor dem Ende der Talfahrt.»*

So steht es geschrieben in der Walhalla schweizerischer Freiheit, der täglich neu informierenden NZZ, und so schreibt es jenes Organ grad wörtlich ab, hinter dem immer ein kluger ... na ja.

Alors, hoppla!

Wir werden noch ein paarmal gerüttelt werden, bis die Frühlingstürme vorbeigezogen sind, und dann kommt er, der Aufstieg, denn auch in den USA gibt es wieder Wahlen und auch die englische Dame will wiedergewählt werden. Hinauf geht es dann in die Bergluft schweizerischer Hochkonjunktur, in der ja keine Arbeitslosen gezählt werden müssen, die dafür ein Hunderttausenderheer von «Ausländern» zählt, das man in schlechten Zeiten, rührend besorgt um das schweizerische Sozialklima, nach Hause zurückschicken kann.

Weniger Staat!

Honegger aber lässt sich doch nicht von irgendwoher gelaufenen Neomarxisten dreinreden. Er weiss es nämlich schon längst und verkündet es seit seinen gutentlohnten Jahren bei der Handelskammer in Zürich immer wieder von Neuem: Lasset die Wirtschaft sich selbst regulieren!

Wer diese Weisheit nicht als letzten Ratschluss anerkennt, ist ein Söldling Moskaus (und es sollte bedeutend vorsichtiger untersucht werden, über welche Banken die Überweisungen gehen!) oder ein von linken Professoren irreführender Intellektueller, der vom Kreislauf der Wirtschaft eh keine Ahnung haben kann.

Natürlich reguliert die Wirtschaft ihre Rendite selbst, wo kämen wir sonst noch hin!

Den Staat braucht dieses Selbstregulierungswerk für die Begrenzung der persönlichen Freiheiten, denn schliesslich braucht es im Interesse aller eine gewisse Ordnung. Zahlungsmoral muss sein, liberale Bankengesetze erhalten «unsern» Finanzplatz und die starke Armee sorgt dafür, dass keine Kommunisten zu legalen Streiks aufrufen können, es hat schliesslich alles auch seine Grenzen.

Mehr allerdings ist nicht nötig und kostet bloss einen Haufen Geld. Ein paar Arbeitslose aber spielen noch längst keine Notlage, weil sie sowieso meist faul sind oder die Arbeitslosenunterstützung erschlichen haben, denn wer etwas werden will, der fängt auch klein an, wenn er es wirklich will.

So ist das. In Zürich wie in Lausanne oder auch in Basel. Und das neue Vaterlandslied kehrt seinen Reim, und alle singen freisinniglich

weniger Staat, mehr Freiheit!

Weniger Gerechtigkeit, mehr Gewinn.

Weniger Steuern, mehr Panzer!

Weniger Renten, mehr Rendite!

Weniger Bildung, mehr Blickleser!

Weniger SBB, mehr Autoimporteure!

Und so weiter Amen.

Wo bleibt die Mitbestimmung?

Pragmatiker oder Dogmatiker — ist das die Frage? Nein, man muss Langzeitziele entwickeln, aber mit Nachdruck versuchen, in der Realpolitik soviel wie möglich von diesen Zielen zu verwirklichen. Dabei ist das schrittweise Einbringen von diesen Zielen wichtiger als ausgeklügelte Zukunftsmusik. Bei dieser kleinen und schrittweisen Verwirklichung ist es möglich, sukzessive die nötige Zahl Menschen zu stellen. Diese Mitarbeiter-/innen können sich einarbeiten und das Interesse bei ihren Arbeitskollegen für die Mitbestimmung wecken. Dadurch sollte es möglich sein, in Kursen weitere Arbeitnehmer für die Mitbestimmung auszubilden. Das ist aber nur möglich, wenn Gewerkschafter und Parteigenossen wirklich gewillt sind, dieses schrittweise Vorgehen, überall wo diese Möglichkeit besteht, zu fördern.

Wie sieht es heute aus? Durch Einsatz hat die organisierte Arbeiterschaft gewerkschaftlich und politisch Mandate und dank diesen auch Positionen und Posten bis zu Direktorensesseln erobert. Vielfach gehört es in die Kompetenzen dieser Stelleninhaber über kleinere Mitbestimmungsmöglichkeiten zu entscheiden. Dabei kann es sich um eine Genossenschaft, einen öffentlichen oder gemischtwirtschaftlichen Betrieb handeln. Viele Betriebe haben einen Personalausschuss, eine Personal-, Krankenkassen- und Pensionskassenkommission mit mehr oder weniger paritätischer Zusammensetzung. Den Vorsitz führt meist der Direktor